



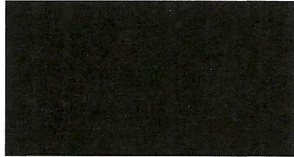
Bundesarbeitsgericht
Geschäftsstelle des Vierten Senats

Bundesarbeitsgericht ♦ 99113 Erfurt

4 AZN 695/19

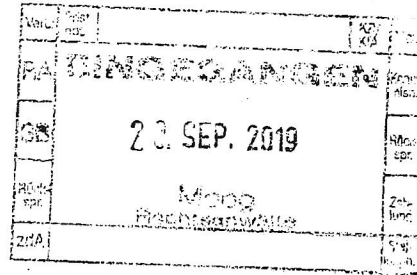
(Bitte bei Antwortschreiben angeben)

Erfurt, 11. September 2019
Telefon: 0361/2636 1416

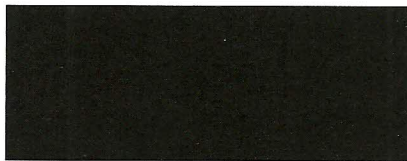


zu: 4/405-19

Sehr geehrte Damen und Herren,



in Sachen



erhalten Sie anliegend Ausfertigung und Abschrift der Entscheidung vom 10. September 2019.

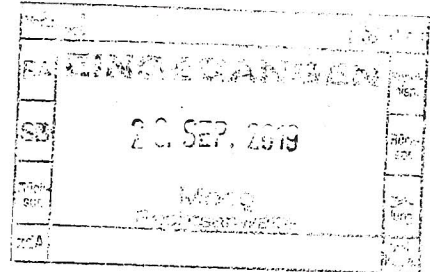
Mit freundlichen Grüßen

Auf Anordnung

BUNDESARBEITSGERICHT



4 AZN 695/19
8 Sa 272/18
Landesarbeitsgericht
Köln



BESCHLUSS

In Sachen

[REDACTED]

Beklagte, Berufungsbeklagte, Anschlussberufungsklägerin und
Nichtzulassungsbeschwerdeführerin,
Prozessbevollmächtigte: [REDACTED]

gegen

[REDACTED]

Kläger, Berufungskläger, Anschlussberufungsbeklagter und
Nichtzulassungsbeschwerdegegner,
Prozessbevollmächtigte: [REDACTED]
[REDACTED]

hat der Vierte Senat des Bundesarbeitsgerichts am 10. September 2019 be-
schlossen:

1. Die Beschwerde der Beklagten gegen die Nichtzulassung der Revision in dem Urteil des Landesarbeitsgerichts Köln vom 21. März 2019 - 8 Sa 272/18 - wird als unzulässig verworfen.
2. Die Beklagte hat die Kosten der Beschwerde zu tragen.
3. Der Streitwert wird auf 32.344,20 Euro festgesetzt.

Gründe

I. Die - beschränkt auf den Urteilsanspruch in Ziff. 1 und 2 des Tenors eingelegte - auf eine entscheidungserhebliche Divergenz (§ 72 Abs. 2 Nr. 2, § 72a Abs. 3 Satz 2 Nr. 2 ArbGG) und auf die Verletzung des Anspruchs auf rechtliches Gehör (§ 72 Abs. 2 Nr. 3 Alt. 2, § 72a Abs. 3 Satz 2 Nr. 3 Alt. 2 ArbGG) gestützte Nichtzulassungsbeschwerde ist unzulässig. Ihre Begründung entspricht nicht den gesetzlichen Anforderungen. 1

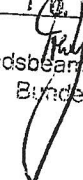
Von einer weiteren Begründung wird gemäß § 72a Abs. 5 Satz 5 Alt. 1 ArbGG abgesehen. Weiter gehende Ausführungen sind weder von Verfassungs wegen (vgl. BVerfG 8. Dezember 2010 - 1 BvR 1382/10 - Rn. 12 ff., BVerfGK 18, 301) noch aus konventionsrechtlichen Gründen (vgl. BVerfG 30. Juni 2014 - 2 BvR 792/11 - Rn. 19, 25) geboten. 2

II. Die Kostenentscheidung folgt aus § 97 Abs. 1 ZPO. Die Streitwertfestsetzung beruht auf § 63 Abs. 2 GKG, § 3 ZPO. 3



Ausgefertigt

Erfurt, 10. SEP 2019


Stellvertreterin der Geschäftsstelle des
Bundesarbeitsgerichts